

Erinnerungskultur und Geschichtspolitik in Polen

Veranstalter: Arbeitskreis der NS-Gedenkstätten NRW und Bildungswerk der Humanistischen Union

Datum, Ort: 08.10.2006-14.10.2006, Warschau

Bericht von: Stephanie Kowitz-Harms, Hamburg/Potsdam

Unter dem Titel „Erinnerungskultur und Geschichtspolitik in Polen“ haben der Arbeitskreis der NS-Gedenkstätten in Nordrhein-Westfalen und das Bildungswerk der Humanistischen Union NRW vom 8. bis 14. Oktober 2006 eine gemeinsame Reise nach Warschau veranstaltet. Unter der Leitung von Dr. Paul Ciupke vom HU-Bildungswerk in Essen und Astrid Wolters, Mitarbeiterin der Mahn- und Gedenkstätte der Landeshauptstadt Düsseldorf, standen neben Treffen mit einer Vielzahl von führenden Vertretern aus kulturellen und historisch-wissenschaftlichen Einrichtungen Besuche des Gedenkortes Treblinka sowie des Museums des Warschauer Aufstands auf dem Programm.

Der Gesamteindruck dieser Exkursion war ernüchternd, oder wie der Direktor des Büros der Friedrich Ebert Stiftung in Warschau, Peter Hengstenberg, es im Rahmen einer Veranstaltung formuliert hat: „Ich bin ein wenig ratlos.“ Zwar zeichnen sich beispielsweise im wissenschaftlichen Dialog zwischen deutschen und polnischen Historikern große Fortschritte ab, wie Prof. Klaus Ziemer, der Direktor des Deutschen Historischen Instituts (DHI) in Warschau, anschaulich vermittelt. Er weist dabei auf eine Vielzahl von Veranstaltungen, wie zum Beispiel die im September veranstaltete Konferenz über die „Inkubationsphase des Vernichtungskrieges“, oder die Veranstaltungsreihe „Bucerius-Gespräche“, bei der je ein deutscher und ein polnischer Wissenschaftler über eine für beide Nationen zentrale, jedoch häufig unterschiedlich ausgelegte Begrifflichkeit diskutieren. Auch in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht verlaufe die Zusammenarbeit weitgehend reibungslos. Darüber hinaus scheint jedoch der Trend zu einer zunehmenden Nationalisierung der polnischen Perspektive auf die eigene Vergangenheit unverkennbar zu sein. Sichtbares Zeichen dieser Ausrichtung ist das im August 2004 zum 60. Jahrestag erstmalig eröffnete „Muzeum Powstania Warszawskiego“ – das Museum des Warschauer Auf-

stands,¹ das seit Mai dieses Jahres seinen regulären Betrieb aufgenommen hat und täglich - nach eigenen Angaben – bis zu 9.000 Besucher empfängt. Ziel dieses Museums ist es, die über 45 Jahre kommunistisch unterdrückte Erinnerung an die Erhebung der Warschauer Bevölkerung gegen die NS-Besatzungsmacht wieder ins Bewusstsein zu rücken und die Veteranen des Aufstands zu ehren. Dabei wird jedoch eine rein nationale Perspektive eingenommen, die jeden Hinweis auf eine europäische Perspektive, anderer Wahrnehmungen und Wirkungsweisen vermissen lässt. Besonders problematisch erscheint die Jugendarbeit des Museums. So werden polnische Schülergruppen in großer Zahl durch das unüberschaubare Museum geschleust, das über alle visuellen und akustischen Möglichkeiten moderner Museumstechnik verfügt und diese auch ungebremst einsetzt, um mit dem heroischen Kampf der polnischen Bevölkerung gegen „die Deutschen“ vertraut gemacht zu werden. Darüber hinaus gibt es einen Raum der „kleinen Aufständischen“, der sich als Mitmachangebot an Schüler unter 12 Jahren richtet und in dem Panzer aus Pappe gebaut, Maschinenpistolen aus Toilettenrollen gebastelt oder Sandsackbarrikaden errichtet werden können. Besonders von den Kindern aus der unmittelbaren Umgebung, einem eher ärmeren Bezirk Warschaus, wird dieses Angebot am eintrittsfreien Sonntag nach Angaben des Direktors gerne angenommen.

Die Bemühungen von Karta, einer unabhängigen Organisation und Geschichtsinitiative „von unten“, die sich bereits seit den 1980er Jahren mit der Dokumentation und Popularisierung der Zeitgeschichte Polens und Osteuropas beschäftigt und sich zum Ziel gesetzt hat, Toleranz und Demokratie zu stärken, erscheinen dagegen geradezu als Marginalie. So zählt die Ausstellung „Europa im 20. Jahrhundert: Gesichter des Totalitarismus“, die derzeit von Karta im „Haus der Begegnung mit der Geschichte“ nahe der Warschauer Universität veranstaltet wird und sich um einen europäischen Blick auf die zwei totalitären Regime des letzten Jahrhunderts bemüht, monatlich nur etwa 1.200 Besucher.² Die viersprachige Ausstellung schlägt den Bogen von der Oktoberrevolution bis zum Jahr 1989, ohne dabei den Vergleich zwischen national-

¹ Einen ersten Eindruck vermittelt die Website des Museums, die auf polnischer und englischer Sprache über die Ausstellung und das Bildungsangebot informiert: www.1944.pl

² Informationen über Karta und die genannte Ausstellung gibt es auf folgender Internetseite: <http://www.karta.org.pl/Default.asp?jezyk=3>

sozialistischer und kommunistischer Herrschaft zu scheuen. Im Gespräch gibt der Soziologe Michal Swietlik, ein Mitarbeiter der Organisation zu erkennen, dass derzeit keine politischen Einschränkungen ihrer Arbeit zu beobachten seien. Gleichwohl gebe es Tabus. So wäre eine kritische Ausstellung, beispielsweise über die Verfolgung Homosexueller während der NS-Zeit und ihre spezifische Situation in den Konzentrationslagern, nach seiner Einschätzung in Polen nicht zu realisieren.

Ähnlich vorsichtig äußern sich auch die Mitarbeiter des „Instytut Pamieci Narodowej“ (IPN), dem Institut des Nationalen Gedenkens, die sich mit der Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verbrechen in Polen beschäftigen und seit den 1990er Jahren auch der Verfolgung kommunistischen Unrechts widmen. Hier hat es in den vergangenen Monaten eine Reihe personeller Veränderungen gegeben. So wird der Direktor der Hauptkommission zur Verfolgung der Verbrechen am polnischen Volk, Prof. Witold Kulesza, bereits in kurzer Zeit seinen Platz räumen müssen. Im Gespräch erläutert er die Besonderheiten des IPN, das im Gegensatz zur „Birther-Behörde“ in Deutschland nicht nur historische Aufklärungsarbeit leistet, sondern zugleich staatsanwaltliche Ermittlungen einleiten könne. Prof. Jerzy Eisler, der Leiter des Warschauer Büros, gibt daher seiner Hoffnung Ausdruck, dass die Arbeit von Historikern auch weiterhin ohne politische Vorgaben möglich ist.

Zweifel an dieser Einschätzung äußert die Journalistin Anna Bikont. Die Autorin des Buches „My z Jedwabnego“ (Wir aus Jedwabne)³, das eine Art Tagebuchaufzeichnung über die mühsame Wahrheitsfindung der Ereignisse im Juli 1941 in diesem Ort und die folgenden Konsequenzen darstellt, ist der Ansicht, dass die vom IPN im Jahr 2001 eingeleiteten Ermittlungen über die Geschehnisse in Jedwabne unter derzeitigen Bedingungen nicht mehr möglich wären.⁴ Auch der Direktor des Jüdischen Historischen Instituts (Żydowski Instytut Historyczny – ŻIH) in Warschau, Prof. Feliks Tych, schätzt die Situation kritisch ein. Seiner Ansicht nach ist die Diskussion über Jedwabne durch eine Art „soziale Zensur“ beendet worden, die auf einem Konsens zwischen Regierung und Bevölkerung beruht habe. So lange man in Polen nicht bereit sei, die Wahrheit zu sagen, werde es auch wei-

terhin Antisemitismus in diesem Land geben. An dieser Einschätzung dürften vermutlich auch die Pläne zur Errichtung eines jüdischen Museums, vis-à-vis dem Ghetto-Denkmal in Warschau, kaum etwas ändern.

Den Abschluss der Reise bildete die Podiumsdiskussion „Europäisierung der Erinnerung“, die am Freitag, den 13. Oktober von der Friedrich Ebert Stiftung in den Räumen des DHI veranstaltet und von Stipendiaten der Stiftung vorbereitet wurde. Unter der Moderation von Thomas Urban, dem Korrespondenten der Süddeutschen Zeitung in Warschau, sollten die frühere polnische Regierungsbeauftragte für die polnisch-deutschen Beziehungen, Irena Lipowicz, der polnische Historiker Pawel Machciewicz, sein tschechischer Kollege Zdenek Beneš und die deutsche Professorin und ehemalige Mitarbeiterin des DHI, Claudia Kraft, über die Frage diskutieren, ob es eine gemeinsame „europäische Erinnerung“ geben könne. Irena Lipowicz fokussierte diese Frage jedoch sehr schnell auf die Frage einer gemeinsamen polnisch-deutschen Erinnerung und verwies auf die atmosphärischen Störungen durch das Wirken von Erika Steinbach, der Präsidenten des Bundes der Vertriebenen in Deutschland, die sogar Einfluss auf die vergangenen Wahlen in Polen gehabt habe. Der von Claudia Kraft und anderen Diskussionsteilnehmern deutlich vorgebrachte Einwand, dass es sich bei Erika Steinbach nicht um eine repräsentative Stimme der deutschen Öffentlichkeit oder gar der politischen Führung in Berlin handle, blieb bei den polnischen Akteuren auf dem Podium weitgehend ungehört. Auf die Frage der Stipendiaten, wie denn der festgefahrene Dialog zwischen Deutschland und Polen wiederbelebt werden könnte, antwortete die Professorin aus Erfurt mit dem Vorschlag, sich möglichst von den politischen Zentren in Berlin und Warschau fern zu halten und eher in kleinen regionalen Projekten die polnisch-deutsche Versöhnung voran zu treiben, um auf diese Weise langfristig zu einer europäischen Perspektive der Erinnerung zu gelangen.

Nach den Eindrücken dieses Studienseminars scheint der Weg bis dahin jedoch eher wieder länger und steiniger geworden zu sein. Denn nach den raschen Erfolgen der Nachwendezeit und den politischen Bemühungen, die polnisch-deutschen Beziehungen nach dem Vorbild der deutsch-französischen Freundschaft zu gestalten, ist Ernüchterung eingetreten. Der Blick auf eine gemeinsame europäische Erinnerungskultur scheint

³ Bikont, Anna, *My z Jedwabnego*, Warszawa 2004.

⁴ 2002 hat das IPN die Ergebnisse seiner Untersuchungen im dem zweibändigen Werk „Wokół Jedwabnego“ (Rund um Jedwabne) vorgelegt. Machciewicz, Pawel/Persak, Krzysztof (Hrsg.), *Wokół Jedwabnego*, Bd. 1-2, Warszawa 2002.

durch nationale Diskurse und Probleme der Identitätsfindung im vereinten Europa mehr denn je verstellt zu sein.

Tagungsbericht *Erinnerungskultur und Geschichtspolitik in Polen*. 08.10.2006-14.10.2006, Warschau. In: H-Soz-u-Kult 15.11.2006.